

Holger Grünwedel – DIE LINKE

Stellungnahme *) zur Veranstaltung des Sozialpolitischen Forums Würzburg
„Für eine menschliche Sozialpolitik“ – 10.9.2013 – Felix Fechenbach Haus

Angaben zur Person und zur politischen Funktion

wohnhaft in Würzburg, verheiratet, ein Kind

Stadtrat in Würzburg für DIE LINKE

Mitbegründer Soziales Bündnis

Mitbegründer Friedensbündnis

Mitglied des Landesvorstands der VVN / BdA



Themenfeld Wohnungsmangel

Die Bevölkerung in Würzburg wird nach den Prognosen die nächsten 15 Jahre weiter wachsen. Der Wohnungsmangel ist bereits jetzt akut. Kleine und mittlere bezahlbare Wohnungen fehlen (wie z.B. für allein erziehende, arbeitslose, strafentlassene, behinderte, alte Menschen). Wir vom Sozialpolitischen Forum meinen, dass diese Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Frage 1) Welche Lösungen sieht Ihre Partei auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene?

Frage 2) Wie werden Sie sich in Ihrer politischen Arbeit für die Linderung der Wohnungsnot einsetzen?

Seit der Förderalismusreform sind für den sozialen Wohnungsbau die Länder zuständig.

Das Programm des Landes Bayern für an Einkommensgrenzen gebundene Mieten, wird fast ausschließlich von den kommunalen Wohnungsgesellschaften in Anspruch genommen. Private Investoren bzw. auch Genossenschaften nehmen fast nicht an dem Programm teil. Somit entstehen zu wenig sozial gebundene Wohnungen und gleichzeitig fallen immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung heraus.

Es müssen mehrere Maßnahmen politisch gleichzeitig umgesetzt werden. Zum einen muss flächendeckend ein Mietspiegel eingeführt werden, um Mieterhöhungen zu stoppen. Die derzeitige Mietpreisgrenze von 15% Mieterhöhungen in Würzburg innerhalb von 3 Jahren, ist auf den Inflationsausgleich zu senken. Mieterhöhungen bei Neuvermietung sind unzulässig. Die Mieten sind auf maximal 30% des Einkommens zu deckeln.

Der Bund muss die energetische Sanierung so fördern, dass diese nicht zu Mieterhöhungen führt.

Der sozial geförderte Wohnungsbau ist so auszubauen, dass wieder mehr neue Wohnungen entstehen.

Somit werden die derzeitigen Mieter vor Mieterhöhungen und hohe Sanierungsumlagen geschützt und gleichzeitig entstehen neue sozialgeförderte Wohnungen.

Es fehlen in Würzburg Wohnungen im unteren Preissegment. Vor allem 2 und 3 Zimmerwohnungen, so die Aussage der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Stadtbau.

Wir haben in Würzburg durch die Konversionsfläche Hubland, die Chance neuen sozial gebundenen Wohnraum entstehen zu lassen. Es muss mindestens eine Quote von 30% geförderten Wohnraum festgeschrieben werden für die Investoren. Nur dann ist garantiert, dass auch in entsprechendem Umfang neuer bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Durch den Verkauf von über 900 GBW Wohnungen in Würzburg ist zu prüfen, welche Bereiche man unter Milieuschutz stellen kann, um Luxussanierungen zu verhindern. Das gilt auch für den Bereich Plat-sche`Garten.

Mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Stadtbau hat die Kommunalpolitik immerhin Möglichkeiten selbst einzugreifen in den Mietmarkt, doch wird das nicht ausreichen. Laut Aussage der Stadtverwaltung soll es im nächsten Jahr eine genaue Untersuchung des Wohnungsmarktes in Würzburg geben, die letzte ist von 2008. Diese Untersuchung hat schon festgestellt, dass wir in Würzburg vor allem Haushalte mit unterem mittlerem Einkommen haben. Dafür brauchen wir Wohnungen, denn sonst findet eine Verdrängung von Mietern der unteren Einkommen aus dem Stadtgebiet statt.

Für mehr sozial geförderten Wohnraum und gegen Mieterhöhungen, sowie gegen die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, werde ich mich in meiner Funktion als Stadtrat einsetzen bzw. habe ich schon getan.

Themenfeld Pflegenotstand

Der Pflegenotstand zeigt bereits seine massiven Auswirkungen. Es gibt z. B. derzeit Einrichtungen in Würzburg, Schweinfurt und anderswo, die keine Bewohner mehr aufnehmen können, weil Ihnen das Pflegepersonal fehlt. Ein erheblicher Teil der Arbeitszeit wird inzwischen für die Dokumentation aufgewandt, anstelle für den direkten Kontakt mit den alten oder pflegebedürftigen Menschen. Wir vom Sozialpolitischen Forum fordern „Mehr Zeit für die Pflege“ und bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte.

Frage 3) Was tun Sie, was tut Ihre Partei dafür, den Pflegenotstand und seine Ursachen zu überwinden?

Frage 4) „Mehr Zeit für die Pflege!“ – unterstützen Sie dieses Ziel, und für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret engagieren?

Wir haben in den letzten 10 Jahren einen Paradigmenwechsel in der Pflege erlebt. Patienten bzw. Hilfsbedürftige wurden zu Kunden denen man möglichst lukrativ Dienstleistungen verkauft. Doch die Pflegebedürftigen sind keine Kunden, die kaufen oder es bleiben lassen, sondern bleiben auf Rat und Hilfe angewiesen.

Wir müssen von der Ökonomisierung weg zu einem System, das wieder der Finanzierung der Leistung folgt und nicht umgekehrt. Dazu ist eine bessere finanzielle Ausgestaltung der Pflege erforderlich. Man kann nicht ein mehr an Dokumentation verlangen und die Finanzierung dafür nicht bereitstellen. Deshalb fordert Die Linke eine solidarische Pflegeversicherung, damit wird die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt, in dem alle Bürger einbezogen werden.

Da derzeit die durchschnittliche Verweildauer der Beschäftigten in der Altenpflege 8,4 Jahre beträgt, reicht es alleine nicht aus, Jugendliche für die Altenpflege zu gewinnen, sondern man muss auch dafür sorgen, dass sie im Beruf bleiben.

Es helfen Sonntagsreden nichts, in dem man den Beschäftigten in der Altenpflege gesellschaftliche Anerkennung zusichert und gleichzeitig, die Tarifmäßige Entlohnung verweigert. Wenn noch nicht einmal viele Beschäftigte Tariflohn, der 12,2% unter dem Lohn von Krankenpfleger liegt bekommen und gleichzeitig

wegen Personalmangel überlastet sind, ist das kein Zustand, der den Beruf Altenpflege attraktiv macht. Dazu kommt, dass viele Träger der Pflege versuchen mit Tariffucht und Niedriglohn, Outsourcing und Leiharbeit die Personalkosten zu senken. Auch die volle demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz wird bei manchen Trägern der Altenpflege verweigert.

Als Kommunalpolitiker, sehe ich mich zum einen in der Verantwortung, genügend Pflegeplätze zu schaffen und andererseits darauf einzuwirken, dass die Beschäftigten in kommunalen Pflegeeinrichtungen zumindest tarifmäßig entlohnt werden, was leider trotz meiner Bemühungen in Würzburg nicht stattfindet.

Themenfeld Freie Wohlfahrtspflege und Teilhabe an der Gesellschaft

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verstehen sich als Fürsprecher der Menschen, die hier kaum eine Lobby haben. Sie helfen ihnen, Unterstützung zu bekommen und eigene Kräfte zu entwickeln. Wo die Freie Wohlfahrtspflege staatliche Aufgaben übernimmt, sollte sie ihre Leistungen von den Kostenträgern erstattet bekommen, was aber oft nur unzureichend erfolgt. Wir vom Sozialpolitischen Forum wenden uns gegen Ausgrenzung und fordern, dass alle Menschen – egal ob gesund oder krank, behindert oder nicht behindert, mit oder ohne Migrationshintergrund, alt oder jung, pflegebedürftig oder selbständig usw. – gemeinsam an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Frage 5) Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen öffentlicher Hand und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege?

Frage 6) Wie tragen Sie in Ihrer politischen Arbeit dafür bei, dass Bevölkerungsgruppen mit Hilfebedarf nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?

Das Verhältnis zwischen den Trägern der Wohlfahrtspflege und den Verantwortlichen für die öffentlichen Haushalte ist nicht unproblematisch. Die Träger der Wohlfahrtspflege übernehmen öffentliche Aufgaben die meistens vollständig von den öffentlichen Haushalten finanziert werden. Dadurch ist eine demokratische Kontrolle durch die gewählten Mandatsträger nicht mehr gewährleistet. Wobei auch kommunale Einrichtungen immer wieder in der Kritik bei der Umsetzung der öffentlichen Aufgaben stehen.

Bei jeder politischen Entscheidung ist die soziale Frage im Mittelpunkt stellen. Die Politik hat den Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt zu stellen. Das politische Handeln muss so ausgerichtet sein, dass soziale Notlagen nicht entstehen. Derzeit nimmt der Anteil der sozial Benachteiligten zu und dies hat sich wieder umkehren. Dazu sind zum einen Maßnahmen notwendig jetzige Armut sofort zu bekämpfen und andererseits Armut nachhaltig bekämpft werden.

Dies ist mein Leitbild in der Politik.

Als Stadtrat setze ich mich dafür ein dass in Würzburg ein Sozialpass eingeführt wird, das für die Bezieher unterer Einkommen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Arbeitsplätze die ein ausreichendes Einkommen garantieren und nicht befristet sind oder sonst wie prekär. Dabei muss der öffentliche Dienst Vorbild sein. Keine Niedriglöhne mehr im öffentlichen Dienst, Abschaffung der untersten Einkommensgruppe, keine Befristung und keine Outsourcing.

Holger Grünwedel – 22.9.2013

^{*)} Die Vertreter/innen der Parteien wurden vom Sozialpolitischen Forum gebeten, sechs Fragen aus drei Themenfeldern zu beantworten. Die Stellungnahme wird auf www.agfw-wuerzburg.de veröffentlicht.